

Sehr geehrte Stadtratskolleginnen und -kollegen,

die Fraktion Bürgerallianz Ilmtal-Stadtilm hatte in der letzten Sitzung des Stadtrates eine Diskussion über die Anpassung der Hauptsatzung der Stadt Stadtilm und der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Stadtilm angeregt.

Uns ging es dabei nicht darum, die Fehler der Vergangenheit unangemessen zu kritisieren oder den zu Eindruck erwecken, dass wir der Meinung sind, dass früher alles schlecht war. Im Gegenteil, wir denken, dass in den letzten Jahren vieles erreicht wurde und dass dies durchaus Anerkennung verdient. Vielmehr wollten wir eine aus unserer Sicht bessere Grundlage für die zukünftige Stadtratsarbeit schaffen. Darüber, dass Hauptsatzung und Geschäftsordnung angepasst werden müssen, besteht mittlerweile fraktionsübergreifend Einigkeit.

Uns ging es mit unseren Anträgen insbesondere darum:

- den Stadtrat stärker in den Haushaltsvollzug einzubinden,
- die Rechte der Ortsteilbürgermeister und Ortsteilräte zu stärken,
- den Informationsfluss zwischen Stadträten, sachkundigen Bürgern und der Verwaltung zu verbessern,
- den mittlerweile thematisch sehr breit angelegten Kultur-, Sport-, Jugend-, Sozial-, Senioren- und Gleichstellungsausschuss öffentlich zu machen und
- formelle Grundlagen der Stadtratsarbeit wie Inhalt und Anfertigung von Niederschriften oder die Qualität der Unterlagen zur Entscheidungsfindung genauer zu definieren.

In Vorbereitung der heutigen Sitzung gab es umfangreiche Diskussionen zwischen den einzelnen Fraktionen, da es zu den einzelnen Punkten erwartungsgemäß sehr unterschiedliche Auffassungen bestehen. Ziel aller war es aber, einen Kompromiss zu finden, der möglichst bis zum Ende der aktuellen Legislatur Bestand hat. Die Ergebnisse stehen heute nun zur Abstimmung - ergänzt um einige Anmerkungen der Kommunalaufsicht.

Bei den Vergabegrenzen hätten wir uns als Fraktion gewünscht, dass der Bauausschuss und damit auch der Stadtrat noch stärker einbezogen wird. Die Grenzen von 60.000 € bei Bauleistungen und 35.000 € bei den anderen Leistungen erscheinen uns, auch im Vergleich mit anderen Kommunen, noch zu hoch. Leider waren die von uns vorgeschlagenen Grenzen nicht mehrheitsfähig, da das Interesse am Haushaltsvollzug sehr unterschiedlich ausgeprägt ist. Vielleicht kann die Verwaltung durch Informationen - z. B. im Rahmen der Bauausschusssitzungen - über erfolgte Vergaben unserem Informationsbedürfnis etwas entgegenkommen.

Die zuletzt praktizierten Umlaufverfahren bei den Vergaben liefen ja wirklich gut und jeder hat sich gut informiert gefühlt.

Beim Thema Öffentlichkeit des Kulturausschusses hätten wir uns etwas mehr Mut gewünscht. Wir sind immer noch der Meinung, dass die dort besprochenen und diskutierten Themen einen Großteil der Bürger interessiert und man diesen die Möglichkeit geben sollte, an den Diskussionen vorbehaltlos teilzunehmen. Leider konnten wir uns mit unserem Anliegen erst einmal nicht durchsetzen. Dafür haben sich alle derzeitigen Fraktionen im Stadtrat dafür ausgesprochen, dies dann in der nächsten Legislatur umzusetzen.

Außer diesen beiden Punkten halten wir Hauptsatzung und Geschäftsordnung für eine gute Weiterentwicklung, die eine effizientere Stadtratsarbeit ermöglicht und auch die Ortsteile stärkt, so dass wir dem nicht grundsätzlich entgegenstehen werden.

Positiv möchten wir noch anmerken, dass die Verwaltung den Prozess der Überarbeitung von Hauptsatzung und Geschäftsordnung jederzeit fachlich fundiert und aus unserer Sicht objektiv begleitet hat.

Hierfür von uns vielen Dank!